

## TAGUNGEN

### Genossenschaften in Entwicklungsländern

Die Chancen für den Aufbau von Genossenschaften als besonders geeignete Unternehmenstypen für Entwicklungsländer seien dann am größten, wenn man die wirtschaftlichen Probleme dieser Länder nicht nur schematisch und etwa nur im Hinblick auf die Steigerung ihres Sozialproduktes betrachte, sondern bei allen Überlegungen von den jeweiligen kulturellen Leitbildern ausgehe und die speziellen Verhältnisse jedes einzelnen Landes berücksichtige. Aber romantische Verklärungen der Aufgabe von Genossenschaften als Selbsthilfeorganisationen wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsschichten seien dabei ebensowenig angebracht wie eine Betrachtungsweise, die die Unterschiede zwischen den Genossenschaften und anderen Unternehmenstypen nicht sieht.

Dies sind die Kerngedanken eines Vortrages von Prof. *Gerhard Weisser*, Köln, über die „für Entwicklungsländer besonders geeigneten Unternehmenstypen“. Vor etwa einhundert in- und ausländischen Teilnehmern leitete er mit seinem Vortrag eine vom *Seminar für Genossenschaftswesen an der Universität Köln* am 30. September durchgeführte Arbeitstagung ein, deren Thema „*Chancen und Schwierigkeiten der Genossenschaften in Entwicklungsländern*“ die Erfahrungen einer etwa zehnjährigen lehrenden, beratenden und publizistischen Tätigkeit zweier Kölner genossenschaftlicher Forschungseinrichtungen, des Seminars für Genossenschaftswesen und des Institutes für Selbsthilfe und Sozialforschung, widerspiegelte.

Dipl.-Kaufmann *Bertel Faßnacht* vom *Institut für Selbsthilfe und Sozialforschung* knüpfte in seinem Referat über „*Wege zum Aufbau des Genossenschaftswesens in Ent-*

*wicklungsländern*“ an die Weiserschen Gedankengänge an und entwickelte konkrete Vorschläge. Die Verhältnisse in den afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern seien erheblich anders als die der Frühzeit der deutschen Genossenschaften. Daher sei eine Beteiligung der jeweiligen Regierungen am Aufbau der Genossenschaften notwendig geworden. Indessen haben nach seiner Auffassung auch in diesen Gebieten die Grundsätze der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung im Laufe der Zeit an Bedeutung gewonnen. Jetzt komme es darauf an, durch Hilfe von außen die Selbsthilfekräfte dieser Länder weiter anzuregen und zu stärken. Damit seien den Genossenschaftsbewegungen der alten Genossenschaftsländer aber nicht nur pädagogische Aufgaben gestellt.

Insbesondere befürwortete Faßnacht in Anlehnung an bereits gemachte Erfahrungen, daß Genossenschaftszentralen europäischer Länder Filialen als „Selbsthilfeförderungsunternehmen“ errichten, um allein oder gemeinsam mit den betreffenden Regierungen Initiativen zu wecken, Anregungen zu vermitteln und Erfahrungen weiterzugeben. An Beispielen zeigte er, welche Möglichkeiten es im Bereich des Absatzes, des Einkaufs und sogar des Kreditwesens gäbe. Diese „Selbsthilfeförderungsunternehmen“ sollten nach vorausbestimmten Plänen nach und nach in das Eigentum und die Kontrolle der jeweiligen nationalen Genossenschaften übergehen und diesen als Zentralgenossenschaften dienen. Die für die Errichtung genossenschaftlicher Filialen in Entwicklungsländern notwendigen Mittel könnte z. B. eine Weltgenossenschaftsbank sicherstellen. Pläne für eine derartige Einrichtung werden seit längerem diskutiert.

Die Genossenschaften des 19. Jahrhunderts stützten sich überwiegend auf geistige Strömungen, die entscheidend zur Ausbildung echter Bewegungen beitrugen. Sie standen einem indifferenten und oft feindlichen Staat gegenüber. Die heutigen Genossenschaften in Entwicklungsländern hätten in weit höherem Maße

als ihre europäischen Vorläufer mit elementaren materiellen Nöten der Bevölkerung zu rechnen. Aus dieser Ausgangssituation und der jeweiligen Einstellung des Staates zu den Genossenschaften ergibt sich ihr gegenseitiges Verhältnis. So umriß *Dr. Erwin Hasselmann* vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften den Ansatzpunkt seiner Ausführungen über „*Genossenschaft und Staat in den Entwicklungsländern*“. Dort, wo die Genossenschaften mehr oder weniger als Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik eingesetzt würden, sei echte genossenschaftliche Arbeit schwer geworden. Aber in vielen Ländern Asiens und Afrikas habe der Staat den Genossenschaften die Aufgabe einer „Demokratisierung der Wirtschaft“, eines „Aufbaus von unten“ übertragen. Hier bestehen große Wirkungsmöglichkeiten für die Genossenschaften. Allerdings erwachsen auch hier nicht selten Gefahren für die Selbsthilfekräfte; sei es durch zum Teil umfangreiche Staatshilfen, sei es durch die Institutionalisierung solcher Hilfen, die zu einem neuartigen, aus Staatshilfe- und Selbsthilfekräften konstituierten Genossenschaftstyp geführt haben.

Neben der Wichtigkeit von Start- und Ausbildungshilfen betonte Hasselmann die Notwendigkeit von Festigungs- und Beschleunigungshilfen, die die Internationale Genossenschaftsbewegung durch ihre Organisationen rasch gezielt und nicht zersplittert gewähren müsse.

Zwei Probleme insbesondere wurden in der von *Rudolf Hartmann*, Präsident der Deutschen Genossenschaftskasse, geleiteten lebhaften Diskussion erörtert: einmal die von Faßnacht betonten Möglichkeiten besonderer Selbsthilfebetriebsunternehmen und zum anderen die strukturellen Eigenarten der aus Selbsthilfe- und Staatshilfeelementen zusammengesetzten Genossenschaften, wie sie Hasselmann geschildert hatte.

*Heinz Seidel*

## Rundfunk- und Fernseh-Union in Berlin

Vom 7. bis 9. November tagten in Berlin die Delegierten einer DGB-Organisation, die einen eigenartigen Status hat. In ihrer Satzung steht: „Die Rundfunk- und Fernseh-Union ist eine selbständige Organisation. Sie schließt sich der zuständigen Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes an.“ Praktisch handelt es sich also um eine (17.) Gewerkschaft, die eine eigene Satzung hat, über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet, Tarifverträge abschließt, ihren Mitgliedern Rechtsschutz gewährt usw. Dennoch gehört sie zur Gewerkschaft Kunst. (Einen ähnlichen Status hat die Deutsche Journalisten-Union als Organisation innerhalb der IG Druck und Papier; allerdings ist sie bei weitem nicht so unabhängig wie die RFU. Satzung, Mitglied-

schaft usw. regeln sich im Rahmen der IG Druck und Papier.)

Die Probleme, die den Gewerkschaftstag beschäftigten, wurden schon in der Begrüßungsansprache von *Günter Marquard*, vom Senderverband des Senders Freies Berlin und Hauptvorstandsmitglied der RFU, berührt. Bisher haben die Mitglieder der RFU die Verbandsangelegenheiten in ehrenamtlicher Tätigkeit erledigt. Für einen Mitgliedsbestand von knapp 6000, auf zehn Senderverbände verteilt, war das um so leichter zu bewältigen, als die arbeitsrechtlichen Probleme bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts, die die Rundfunkanstalten ja sind, im Grundsätzlichen kaum differieren.

Der wichtigste Beschluß, den der Delegiertentag faßte, kommt in der Namensänderung zum Ausdruck. Die bisher Rundfunkunion genannte Organisation nahm den Namen *Rundfunk- und Fernseh-Union* an.

Das Fernsehen ist *nicht* — wie von der Rundfunk-Union in Resolutionen ihrer Delegiertentage und Hauptvorstandssitzungen in der Vergangenheit befürwortet — so organisiert worden wie die Rundfunkanstalten. Das private Fernsehen ist Tatsache geworden. Die RFU konnte das nurmehr mit der schon erwähnten Namensänderung und einer sehr bedeutenden Satzungsänderung quittieren.

Die zehn Senderverbände, die zehn Jahre lang das Rückgrat der Union bildeten — aus ihren jeweiligen Vorständen setzte sich der Hauptvorstand zusammen, aus dessen Reihen die Delegierten die drei geschäftsführenden Vorsitzenden wählten — werden über kurz oder lang nicht mehr allein tonangebend in der Organisation sein. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die RFU durch die Betriebe und Firmen des Fernsehens ein völlig anderes Gesicht erhält.

Maßgebend für die privaten Unternehmen ist nicht öffentliches sondern privates Recht, nicht das Kollegialprinzip, das aus der Erledigung von im wesentlichen öffentlich-rechtlichen Aufgaben erwächst — unterstützt auch durch die regionale Abgrenzung der Rundfunkanstalten —, sondern die Konkurrenz verschiedenster Firmen, die untereinander und mit dem Rundfunk nicht davor zurückschrecken werden, durch eine andere Honorargestaltung dem Rundfunk Mitarbeiter zu entfremden.

Eine Resolution des Delegiertentages, die von dieser Sorge getragen ist, appelliert an die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten und die Länderregierungen, „unverzüglich finanzielle Maßnahmen vorzubereiten, die es allen bestehenden Rundfunkanstalten ermöglichen, ihre Aufgaben mindestens im bisherigen Umfange auch in Zukunft zu erfüllen... Darüber hinaus muß es allen Rundfunkanstalten möglich bleiben, durch weitere Verbes-

serungen der Arbeitsbedingungen einer ungesunden Fluktuation entgegenzuwirken.“

Wenn die in der Satzung niedergelegte Umstrukturierung des Verbandes effektiv wird, ist mit einer mitgliedsmäßigen Ausdehnung zu rechnen. Die Sorge der Union ist es nun, ob sie diese Aufgabe weiterhin mit ehrenamtlichen Funktionären bewältigen wird. Die Delegierten waren jedenfalls entschlossen dazu.

Eine Besorgnis Günter Marquards soll noch zu Worte kommen. Er sagte im Hinblick auf die Pläne eines Bundesrundfunkgesetzes, daß es zwar richtig sei, dem östlichen Propagandasystem etwas entgegenzusetzen, jedoch „nicht eine ebensolche Propaganda nur mit anderen Vorzeichen“. In Gesprächen mit mitteldeutschen Landsleuten habe er die Überzeugung

gewonnen, daß gerade die unterschiedlichen Auffassungen, „die in den Sendungen der einzelnen Rundfunkstationen unterschiedlich zum Ausdruck kommen... an sich schon ein starkes Argument in dieser... Auseinandersetzung“ sind.

Der Delegiertentag bestätigte den bisherigen Vorsitzenden *Helmuth Haselmayr*, Bayerischer Rundfunk, in seinem Amt und wählte zu gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern *Erich Dutz*, Norddeutscher Rundfunk, und *Günter Marquard*, Sender Freies Berlin. Um besser auf die neue Situation reagieren zu können, beschlossen die Delegierten, nicht wie bisher nach drei Jahren, sondern schon nach zwei Jahren wieder zu tagen.

*Annemarie Zimmermann*